



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG
Abgeordnete

Axel Miesner

Baumschulenweg 9 · 28865 Lilienthal
Tel: (04792) 9519170
eMail: axel@miesner.de

Astrid Vockert

Padbreden 6 · 27619 Schiffdorf
Tel: (04706) 1011 · Fax: (04706) 1615
eMail: vockert@vockert.de

P R E S S E M I T T E I L U N G

30.01.2014

Gebührenverordnung Lebens- und Futtermittelkontrollen

Astrid Vockert und Axel Miesner: Meyers Pläne zur Änderung der Gebührenverordnung für Lebens- und Futtermittelkontrollen sorgen für massive Kostensteigerungen bei Betrieben und Verbrauchern

Landkreis Osterholz. Die CDU-Landtagsabgeordneten Astrid Vockert und Axel Miesner üben heftige Kritik an dem von Landwirtschaftsminister Meyer vorgelegten Entwurf zur Änderung der Gebührenverordnung für Lebens- und Futtermittelkontrollen. Demnach sollen künftig alle Kontrollen in diesem Bereich für die Betriebe kostenpflichtig sein – egal ob es sich um Routine- oder anlassbezogene Kontrollen handelt. „Die Pläne der Landesregierung werden zu massiven Kostensteigerungen für alle Betriebe im Lebensmittelhandwerk landesweit und damit auch bei im Landkreis Osterholz führen“, sagten Astrid Vockert und Axel Miesner. Auch den Verbraucher würde die Neuregelung hart treffen. „Die Branche wird letztlich nicht umhin kommen, die zusätzlichen Kosten zumindest zum Teil auf uns Verbraucher umzulegen.“

Die Änderung der Gebührenverordnung bedeutet zugleich einen grundsätzlichen Paradigmenwandel in der Finanzierung der Kontrollen. Bislang gehörten die anlasslosen Routinekontrollen zur öffentlichen Daseinsvorsorge – künftig sollen die Betriebe selbst dafür aufkommen, egal ob bei der Untersuchung Missstände aufgedeckt werden, oder nicht. „Das ist so ähnlich, als müsste ein Autofahrer bei einer Verkehrskontrolle dafür zahlen, dass er angehalten wurde, auch wenn er sich absolut vorschriftsmäßig verhalten hat“, so Astrid Vockert und Axel Miesner. „Vor allem für die kleinen Betriebe, die Bäckereien, Schlachtereien und Marktstände im

ländlichen Raum, bei uns im Landkreis Osterholz, wären die Kosten von bis zu 1000 Euro pro Kontrolle eine enorme Belastung. Wenn er nicht dafür verantwortlich sein will, dass diese Betriebe reihenweise schließen müssen, sollte der Minister seinen Änderungsentwurf schnellstmöglich zurückziehen.“

Als Reaktion auf die Empörung, die der Entwurf bei den Verbänden hervorgerufen hat, hat die CDU-Landtagsfraktion für den 12. Februar die Unterrichtung des Agrarausschusses durch die Landesregierung beantragt. Diese Sitzung ist öffentlich!